

Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

Kandidaten aus dem Kreis Diepholz über den Weg zur Klimaneutralität

Ein Ziel, verschiedene Ansätze: Die Podiumsdiskussion des Klima-Aktions-Bündnisses Bassum, Syke, Twistringen haben die hiesigen Bundestagskandidaten genutzt, um die Umweltpolitik ihrer Parteien zu erklären.

05.08.2021, 17:14

Von Niklas Golitschek



"Deutschland 2035 klimaneutral" war das Thema der Podiumsdiskussion des Klima-Aktions-Bündnisses in der Bassumer Freudenburg. Die Bundestagskandidaten Jürgen Abelmann (2. v. l.), Axel Knoerig, Sylvia Holste-Hagen, Peggy Schierenbeck und Andreas Hinderks stellten sich den Fragen.

Bassum. In einem Aspekt waren sich alle hiesigen Kandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl einig und ließen keinen Zweifel aufkommen: Deutschland muss nachhaltiger werden und seinen CO₂-Ausstoß deutlich verringern. Wie das gelingen soll? Da unterschieden sich die Ansätze, wie bei der Podiumsdiskussion des Klima-Aktions-Bündnisses für Bassum, Syke und Twistringen am Mittwochabend auf der Freiluftbühne der Bassumer Freudenburg klar wurde.

Fast zweieinhalb Stunden hakten Joachim Golz und Thomas Suermann vom Klima-Aktions-Bündnis bei den sechs politischen Vertretern nach, wie sie zu den Klimazielen, Mobilitäts- und Energiewende sowie dem eigenen Parteiprogramm in diesen Punkten stehen.

Für Sylvia Holste-Hagen bot das Format eine willkommene Bühne, um für die Politik von Bündnis 90/Die Grünen zu werben. „Klima ist mein erstes Thema“, betonte sie und war dann auch die einzige Teilnehmerin, die ihren CO₂-Fußabdruck beziffern konnte: 6,5 Tonnen. „Wir können alle noch besser werden“, schob sie hinterher – und schneller.

Mehr ökologische, staatlich geförderte Landwirtschaft; zwei Prozent der bundesweiten Landfläche für Windkraft und genossenschaftliche Beteiligung für Bürger; mehr öffentliche

Verkehrsmittel, E-Mobilität und Car-Sharing auch im ländlichen Raum; verpflichtende Fotovoltaik-Anlagen auf Dächern, um in vier Jahren eine Zahl von anderthalb Millionen zu erreichen. „Wir brauchen schnellere Entscheidungen – mit dem Klima lässt sich nicht verhandeln“, untermauerte sie. Das zeigten auch die aktuellen Naturkatastrophen.

Auf die bisherigen Bemühungen auf allen Ebenen – von Bund über Länder bis hin zu den Kommunen – verwies gerne Axel Knoerig, seit 2009 Bundestagsabgeordneter für die CDU. Windenergieerlass in Niedersachsen, bundesweite Mindestabstände von Windrädern mit Spielraum für Länder und Kommunen und zahlreiche Förderprogramme zeigten, dass die Politik bereits einen guten Weg eingeschlagen habe.

Mehrfach plädierte er dafür, „technologieoffen“ zu bleiben. Manche Vorhaben bräuchten Zeit. Bei den umstrittenen Stromtrassen müssten noch tausende Kilometer an Hochspannungsleitungen verlegt werden; der wasserstofftaugliche Ausbau der Gasnetze stehe bevor; für synthetische, klimaneutrale Kraftstoffe (E-Fuels) gebe es große Forschungsprojekte. „Wir haben mittel- und langfristig gute Innovationen aufgetan. Die können wir zu Exportschlagern machen“, verwies Knoerig auf die wirtschaftliche Komponente.

Schnell und mit Verstand handeln, das war von Peggy Schierenbeck immer wieder zu hören. „Wir müssen da effizient sein, wo es sinnvoll ist“, gab die SPD-Kandidatin als Maßgabe an und sah die Reaktivierung der Schienennetze als ein Beispiel. Förderungen müssten an den richtigen Stellen fließen wie für Wärmepumpen und Dämmung, damit die Energiewende für jeden zu bewältigen sei. Hier gebe es auch schon zahlreiche Angebote „Wir dürfen nicht die unteren Gehaltsklassen belasten“, mahnte sie, dass etwa der CO₂-Preis von Vermietern getragen werden solle.

Zudem müsse verstärkt auf alternative Energien gesetzt werden, um den Kohleausstieg vor 2038 zu schaffen. Beim Ziel der Klimaneutralität könne Deutschland eine globale Vorbildfunktion einnehmen und zeigen, dass sich wirtschaftliche Interessen und individuelle Lebensmodelle vereinbaren lassen.

Mehr ein Umsetzungs- als Erkenntnisproblem beim Klimaschutz sah Andreas Hinderks. „Wir müssen die Menschen mitnehmen und das Denken ändern“, sagte der FDP-Vertreter. Beispiele wie der Abschied der Autoindustrie vom Verbrennungsmotor zeigten, dass es dafür gar nicht unbedingt staatliches Eingreifen benötige. Punktuell gab er sich dennoch dafür aufgeschlossen, nannte etwa den CO-Zertifikate-Handel als sinnvolles Instrument.

Mit Verordnungen lasse sich zwar viel regulieren. Doch wäre ihm lieber, die Menschen würden aus Eigeninteresse Fotovoltaikanlagen auf ihren Dächern installieren, statt dazu verpflichtet zu sein. „Wenn die das nicht machen wollen, haben wir verloren“, merkte er an. Mehr öffentliche Verkehrsmittel und weniger Individualverkehr nannte er als entscheidend für die Mobilitätswende.

Ein Plädoyer auf Wasserstoff hielt Jürgen Abelmann von der Linken. „Die Technik ist marktreif und funktioniert wunderbar“, sagte er. Teil der Mobilitätswende müsse ein günstiger bis kostenfreier öffentlicher Nahverkehr mit mehr Güterverkehr auf der Schiene sein. Er forderte mehr staatliches Handeln, Energie gehöre in Volkshand: „Der Strom ist einfach viel zu teuer für viele Leute, die kein Geld haben.“ Für nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum regte Abelmann einen stärkeren Fokus etwa auf Genossenschaften an.

Hiesige wirtschaftliche Standards ließen sich auf die Produktionsstätten im Ausland anwenden, um gleiche Bedingungen zu schaffen und einen Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Entscheidend sei, die Ressourcen sinnvoll zu nutzen. Seine Hoffnung, künftig sorgsamer mit dem Planeten umzugehen, teilten an diesem Abend alle Beteiligten.